GRÜNE HAUSHALTSREDE 2024



gehalten am 18. März 2025 von Luca Wernert

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

kennen Sie das Spiel "Wahrheit oder Pflicht"? Ein Klassiker auf jeder Party – vor allem bei Jugendlichen. Man stellt sich der Wahrheit, beantwortet möglicherweise eine peinliche Frage oder muss eine Aufgabe übernehmen, die oft unangenehm ist. Und manchmal wird versucht, sich mit einem harmlosen Trick aus der Affäre zu ziehen.

In der Haushaltsdebatte erleben wir meiner Erfahrung nach oft dasselbe Muster: unbequeme Wahrheiten bleiben unausgesprochen, notwendige Pflichten werden umgangen oder auf später verschoben.

Die Beratungen zum Haushalt für das schon laufende Jahr 2025 kommen heute Abend zu ihrem Ende. Im 50. Jubiläumsjahr unserer Gemeinde haben die haushaltspolitischen Vorzeichen aber kaum Feierlaune aufgebracht. Und der tragische, so plötzliche Tod unseres geschätzten Bürgermeisters Michael Heuser versetzte unserem gemeinsamen Engagement für ein zukunftsfähiges Rheinstetten einen jähen Dämpfer.

Ja, die politischen Rahmenbedingungen sind für eine Kommune gerade herausfordernd. Als letztes Glied in der föderalen Kette wird das Hausaufgabenheft immer dicker und der Gestaltungsspielraum immer kleiner. Auf die Ausführungen unseres Oberbürgermeisters zu diesem andauernden politischen Balanceakt kann an dieser Stelle guten Gewissens verwiesen werden. Dies vorauszuschicken, ist mir im Rahmen der Stellungnahme der GRÜNEN-Fraktion zum Haushaltsplan 2025 ein Anliegen. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, hier vertreten durch den Oberbürgermeister sowie die Amtsleiterinnen und Amtsleiter, für ihr andauerndes Engagement – nicht nur im Rahmen der Haushaltsaufstellung und unter teils frustrierenden externen Einflüssen.

Meine Damen und Herren, bei aller Anerkennung für Sachzwänge und Pfadabhängigkeiten ist der Tenor unserer Stellungnahme aber ein deutlich kritischer.

Ich komme auf die eingangs eingeführte Metapher zurück – Sie erinnern sich, "Wahrheit oder Pflicht".

Wir fragen Sie heute: Kann das veranschlagte Ergebnis unseres Haushaltsplans für das Jahr 2025 eigentlich zustimmungsfähig sein? Ein historisch hohes Defizit im Ergebnishaushalt lässt uns GRÜNE an der rechtlichen Genehmigungsfähigkeit zweifeln. Und über ökonomische Nachhaltigkeit oder Generationengerechtigkeit muss man an dieser Stelle vermutlich auch nicht mehr



ernsthaft diskutieren, wenn wir laut unserer mittelfristigen Haushaltsplanung in wenigen Jahren wohl zum Erhalt unserer Liquidität auf Kassenkredite angewiesen sind. Eine gestern kurzfristig eingegangene Neukalkulation von Grundstückserlösen in 2027 ist da nur eine punktuelle Entlastung.

Nächste Frage: Kann man den Prozess zur Aufstellung und Konsolidierung dieses Haushaltes als gelungen bezeichnen? Schon im Spätjahr 2024 haben wir uns im Rat aufgrund ausufernder Prognosen mit den Eckdaten und Rahmenbedingungen unseres Haushaltes befasst. Bei der Einbringung im Dezember erschreckte uns das veranschlagte Negativergebnis von 5,5 Millionen noch. Es war klar, dass das so keinesfalls stehen bleiben könne. Die Stadtverwaltung ist aktiv geworden und hat Einsparpotentiale identifiziert. Im Finanzhaushalt haben wir uns in diesem Gremium mit der zeitlichen Planung unserer Investitionen beschäftigt. Die BNN titelte dazu Anfang März "Der Haushalt wird zum Verschiebebahnhof". Ich fand ja, die von der Verwaltung erstellte Übersichtsgrafik mutete eher wie ein Monopoly-Spielbrett an. Nun, das mit Spannung erwartete Ergebnis nach weiteren zwei Tagen Klausurtagung musste dann aber eigentlich ein ungläubiges Lachen auslösen. Statt den 5,51 Millionen Euro Defizit kommen wir nun auf stolze 5,87 Millionen. Klingt absurd? Ist es in vielen Belangen leider auch.

Denn zur Wahrheit gehört aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion leider auch – und hier greife ich jetzt der obligatorischen Frage voraus –, dass in diesem Gemeinderat noch kein gemeinsames Verständnis davon entwickelt wurde, wie man mit dieser angespannten Situation umgehen möchte. Während uns die Kosten auf der einen Seite im Millionenhöhe davongaloppieren, Einnahmen wegbrechen und das Investitionsprogramm auf unsere Finanzplanung drückt, diskutieren wir in kommunalpolitischer Vollbesetzung jedes Jahr aufs Neue Kleinigkeiten wie die Telefongebühren unserer Einrichtungen, zweifeln mit schon ritualisierter Gewohnheit die fachliche Expertise von KFZ-Mechatronikern an und – mein diesjähriges Highlight – fassen einen Beschluss darüber, in welcher Zeitschrift die Stadt Rheinstetten zukünftig keine Anzeige mehr schaltet. Haushaltssicherung – hatten wir dafür nicht vor einigen Jahren mal einen Ausschuss eingesetzt? Mit eben beschriebener Kosmetik lösen wir die strukturellen Probleme unseres Haushaltes jedenfalls nicht.

Kommen wir nach der "Wahrheit" nun zur "Pflicht". Ich hoffe, Ihnen ist die Lust an meinem kleinen Partyspiel noch nicht vergangen.

Als GRÜNE-Fraktion fordern wir, jetzt schnell Prioritäten zu klären. Dazu gehört beispielsweise zu fragen, welche Standards wir uns für Rheinstetten wünschen und wie wir unsere Mittel zielgerichtet einsetzen möchten. Wo wollen wir mit unserer Stadt denn eigentlich hin? Eine klare Antwort auf diese Frage würde nicht nur zum



diesjährigen Stadtjubiläum passen, sondern wäre die zentrale Grundlage für politische Steuerung. Schade, muss man selbstkritisch sagen, dass eine im letzten Jahr angestoßene Fortschreibung unseres Stadtentwicklungskonzeptes schon während der Befassung im Gemeinderat gescheitert ist. In Zeiten von Mangelverwaltung wäre strategisches Arbeiten jetzt doch so wichtig.

Pflicht Nummer zwei – wenn wir uns denn trauen: Mehr Transparenz wagen und uns wirklich ehrlich machen. Wenn unserer Kämmerer jeden Euro nicht zweimal, sondern eigentlich dreimal umdrehen muss, gilt es, auch unbequeme Dinge auszusprechen. Wir plädieren dafür, die Kosten hinter einzelnen Standards nachvollziehbarer darzustellen, um ernsthaft darüber diskutieren zu können. Kosten-Nutzen-Verhältnisse müssen ohne politisches Wunschdenken betrachtet werden.

Glaubt man jüngsten Entscheidungen dieses Gemeinderates so haben sich Investitionen in gastronomische Infrastruktur mittlerweile als wasserdichte Geschäftsmodelle entwickelt und das Kegeln entwickelt sich zum Trendsport in unserer Stadt. "Wie sinnvoll sind Investitionen in Nischen" haben wir anlässlich der Entscheidungen zur Sanierung des Ufgauhalle-Komplexes gefragt. Ein Kollege der CDU-Fraktion hat mir auf diese Frage hin grüne Verbotspolitik vorgeworfen. Und bei der Entscheidung über den Kauf der Gastronomieeinheit in der Neuen Stadtmitte hatte man es mit der letztlich von uns zähneknirschend mitgetragenen Entscheidung so eilig, dass man berechtigte Rückfragen zur betriebswirtschaftlichen Grundlage dieses Beschlusses und die Folgekosten für die Stadtkasse einfach auf die Seite gewischt hat.

Apropos Folgekosten: als GRÜNE Fraktion bezweifeln wir zwischenzeitlich ernsthaft, ob wir diesbezüglich unsere rechtlichen Vorgaben erfüllen. Paragraf 12 der Gemeindehaushaltsverordnung gibt uns den klaren Auftrag, "unter Einbeziehung der Folgekosten die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung" zu ermitteln. Und was tun wir? Per Mehrheitsbeschluss werden hundertausende, ja Millionen Euro in Projekte investiert, wo in der Diskussion nach Austausch der Argumente auf Mut und Bauchgefühl verwiesen werden muss, da die Zahlen nicht die gewünschte Sprache sprechen.

Es ist aus unserer Sicht nicht nur zulässig, sondern mehr als angemessen, solche kontroversen Themen im Rahmen der Haushaltsberatungen nochmal aufzumachen, wenn das Ergebnis unter dem Strich nicht stimmt.

Ich komme zur letzten "Pflicht", die ich uns allen heute Abend anbieten möchte. Übernehmen wir gemeinsam Verantwortung und kommen ins Handeln. Die aktuelle Haushaltssituation hat uns ehrlicherweise nicht vollkommen unvorbereitet getroffen. Wer jetzt immer noch nicht erkennt, dass die Logiken der



letzten Jahrzehnte nicht mehr funktionieren, der verpasst die Gelegenheit, das Steuer herumzureißen. Wir GRÜNE sind bereit, in diesem Rahmen auch dahin zu gehen, wo es weh tut. Wir glauben aber auch, dass uns ein pauschales Vorgehen gegen sogenannte Freiwilligkeitsleistungen nicht weiterbringt. Nicht nur unsere Infrastruktur wie Straßen, Kanäle, Gebäude und Plätze verdienen Investitionen. Werte wie der Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine lebendige, engagierte Stadtgesellschaft dürfen nicht einem buchhalterisch konsolidierten Haushalt zum Opfer fallen.

"Wahrheit oder Pflicht?" In dieser Debatte vermissen wir beides. Wollen wir dieses Motiv jedoch nicht überstrapazieren, denn bekanntlich hinkt jeder Vergleich, wenn man ihn zu lange bemüht. Kommunalpolitik ist kein lustiges Partyspiel. Und es wäre auch zu einfach, den umfangreichen Haushaltsplan unserer Stadt auf wenige Wahrheiten zu reduzieren, die bekanntlich auch immer subjektiv aufgefasst werden können.

Wir GRÜNE können dem Haushaltsplan 2025 nicht zustimmen. Zu groß ist das Defizit und die Prioritätensetzung bleibt unausgegoren. Ein Defizit von 5,87 Millionen Euro ist nicht nur ein ökonomisches Problem, sondern auch eine Frage des Vertrauens. Wir müssen uns fragen, wie wir den Bürger*innen erklären, dass wir mit so einem Haushaltsplan in die Zukunft blicken.

Dass wir jetzt endlich beginnen, Flächen-intensive und Ressourcen-fressende Bauprojekte sowie deren Zeitschiene zu hinterfragen, sehen wir jedoch als vorsichtiges Zeichen in die richtige Richtung. Und weiterhin freuen wir uns, dass dieser Gemeinderat an dem formulierten Klimaziel "zeozweifrei2035" festhält und es gelungen ist, betreffend die Frage von Investitionen in stadteigene Photovoltaikanlagen einen fraktionsübergreifenden Konsens zu finden. Keine Investitionen sind nämlich auch keine Lösung, das möchten wir an dieser Stelle ebenfalls herausstellen.

Aufmerksamen Verfolgerinnen unserer Tagesordnungen fällt auf, dass es uns auch abseits der klassischen "Haushaltsarbeit" nicht an wichtigen Weichenstellungen mangelt, die im Sinne unserer Stadt vorzunehmen sind. Auf eine Auflistung dieser Themen habe ich heute im Sinne der Sitzungsökonomie verzichtet. Der Haushaltsplan hat aber auch die Funktion, für dieses nicht minder wichtige Tagesgeschäft Arbeitsfähigkeit herzustellen.

Deshalb haben wir uns mit den Fraktionen von SPD und ULR darauf verständigt, uns heute gemeinsam der Stimme zu enthalten. Wir verbinden mit diesem parteiübergreifenden Signal den Wunsch, den Prozess der Haushaltskonsolidierung endlich mit der gebotenen Ernsthaftigkeit anzugehen und



dafür auch gewohnte Formate und Gewissheiten hinter uns zu lassen, wenn die Rahmenbedingungen es erfordern. Mutige Entscheidungen müssen im Kontext der aktuellen wirtschaftlichen Realität und der langfristigen finanziellen Planung getroffen werden. Ein umfassender, nachhaltiger Plan kann nicht über Nacht erstellt werden, aber wir müssen den ersten Schritt tun.

Und: diese Weichenstellungen dürfen nicht hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Eine starke Kommune lebt vom Mitreden und Mitgestalten. **Deshalb** beantragen wir gemeinsam mit SPD und ULR die Durchführung einer Einwohnerversammlung, in der die Bürgerinnen und Bürger nicht nur über die Herausforderungen unserer Haushaltssituation informiert, sondern aktiv einbezogen werden. Ihre Fragen, ihre Ideen und ihre Bedenken sollen gehört werden – denn ein nachhaltiger Haushalt kann nur im Dialog entstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Rheinstetten wird 50. Ein Moment, um innezuhalten, zurückzublicken und vor allem nach vorne zu denken. Lassen Sie uns gemeinsam die Zukunft unserer Stadt aktiv gestalten. Und vielleicht auch mal wirklich zusammen "Wahrheit oder Pflicht" spielen.

Herzlichen Dank.